



Union Investment Privatfonds GmbH

Wichtige Mitteilung

an unsere Anlegerinnen und Anleger

Änderung der Allgemeinen und Besonderen Anlagebedingungen des Altersvorsorge-Sondervermögens mit der Bezeichnung GenoAS: 1 (ISIN: DE0009757682, WKN: 975768)

Die Union Investment Privatfonds GmbH hat beschlossen, das vorgenannte Altersvorsorge-Sondervermögen auf ein Investmentvermögen nach der OGAW-Richtlinie, der europäischen RICHTLINIE 2009/65/EG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 13. Juli 2009 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren, umzustellen (sog. „OGAW-Sondervermögen“), da für die Verwaltung des Investmentvermögens eine Ausgestaltung als „Altersvorsorge-Sondervermögen“ nicht erforderlich ist.

Voraussetzung für die Umstellung auf ein OGAW-Sondervermögen ist eine Änderung der Allgemeinen und der Besonderen Anlagebedingungen. Die vorgesehenen Änderungen haben keine Auswirkung auf die bestehende Anlagepolitik und Ausrichtung des Fonds. Die im bisherigen Verkaufsprospekt enthaltenen Regelungen hinsichtlich bestehender Altersvorsorge-Sparpläne, die in das oben genannte Altersvorsorge-Sondervermögen investieren, werden unverändert gewährleistet. Bestehende Altersvorsorge-Sparpläne werden weitergeführt.

Die vorgesehenen Änderungen der Anlagebedingungen wurden von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht genehmigt und treten mit Wirkung zum 1. Juli 2020 in Kraft.

Nach Inkrafttreten der Umstellung werden für das vorgenannte Investmentvermögen die **Allgemeinen Anlagebedingungen** für OGAW-Sondervermögen gelten. Diese Allgemeinen Anlagebedingungen gelten nicht nur für einen, sondern haben für eine ganze Reihe der von unserer Gesellschaft verwalteten OGAW-Sondervermögen Gültigkeit. Die aktuell geltende Fassung wurde am 15. September 2017 im Bundesanzeiger sowie auf unserer Website publiziert. Die entsprechende Fassung kann im Bundesanzeiger (www.bundesanzeiger.de) oder im Internet unter privatkunden.union-investment.de, Rubrik „Rechtliche Hinweise“ unter dem Stichpunkt „Änderung der Allgemeinen und Besonderen Anlagebedingungen des Fonds GenoAS: 1“ nachgelesen werden. Die Allgemeinen Anlagebedingungen beinhalten die allgemein für Sondervermögen nach der OGAW-Richtlinie geltenden Vorgaben.

Die **Besonderen Anlagebedingungen** (BAB) des Altersvorsorge-Sondervermögens werden ebenfalls zum 1. Juli 2020 auf die Struktur der Besonderen Anlagebedingungen eines OGAW-Sondervermögens überführt. Im Wesentlichen werden dabei folgende Änderungen vorgenommen:

- In der Präambel wird die Fondsbezeichnung in „UniKlassikMix“ geändert, da die bisherige Fondsbezeichnung durch den Namensbestandteil „AS“ auf ein Altersvorsorge-Sondervermögen hingewiesen hat.
- Die bisherigen Anlagegrundsätze und Anlagegrenzen des Altersvorsorge-Sondervermögens (§§ 1 und 2 der BAB) werden sinngemäß in die §§ 1 und 2 der BAB des neuen OGAW-Sondervermögens überführt.
- In § 3 der BAB wird ergänzt, dass sich im Falle der Bildung von Anteilklassen diese auch hinsichtlich der Ertragsverwendung unterscheiden können.
- In § 7 der BAB wurden die Regelungen für die Ertragsverwendung dahingehend angepasst, dass diese auch für ausschüttende Anteilklassen verwendet werden können.
- Der bisherige § 8 der BAB entfällt ersatzlos, da dieser nicht für OGAW-Sondervermögen anzuwenden ist.
- Durch den Wegfall des bisherigen § 8 der BAB ändert sich die Nummerierung der nachfolgenden Paragraphen.
- Darüber hinaus wurden in den BAB redaktionelle Änderungen vorgenommen.

Die geänderten Besonderen Anlagebedingungen sowie die im bisherigen Verkaufsprospekt enthaltenen Bedingungen für die bestehenden Altersvorsorge-Sparpläne sind nachstehend abgedruckt.

Wir weisen darauf hin, dass wir, sofern Sie mit den zuvor skizzierten Anpassungen der Allgemeinen und Besonderen Anlagebedingungen nicht einverstanden sein sollten, Ihre Anteile an dem Altersvorsorge-Sondervermögen ohne weitere Kosten zurücknehmen.

Besondere Anlagebedingungen

zur Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen den Anlegern und der Union Investment Privatfonds GmbH, Frankfurt am Main, („Gesellschaft“) für das von der Gesellschaft verwaltete OGAW-Sondervermögen gemäß der OGAW-Richtlinie (nachfolgend „Sondervermögen“ genannt)

UniKlassikMix,

die nur in Verbindung mit den für dieses Sondervermögen von der Gesellschaft aufgestellten „Allgemeinen Anlagebedingungen“ gelten.

Anlagegrundsätze und Anlagegrenzen

§ 1 Vermögensgegenstände

In das Sondervermögen können

1. **Wertpapiere** gemäß § 193 KAGB,
2. **Geldmarktinstrumente** gemäß § 194 KAGB,
3. **Bankguthaben** gemäß § 195 KAGB,
4. **Investmentanteile** gemäß § 196 KAGB,
5. **Derivate** gemäß § 197 KAGB und
6. **Sonstige Anlageinstrumente** gemäß § 198 KAGB

aufgenommen werden.

§ 2 Anlagegrenzen

1. Mindestens 30 Prozent des Wertes des Sondervermögens müssen in Aktien von Ausstellern mit Sitz in der Eurozone (Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die den Euro als Währung eingeführt haben), mindestens 22,5 Prozent in Aktien von Ausstellern mit Sitz außerhalb der Eurozone sowie mindestens 22,5 Prozent in auf die Währung Euro lautenden verzinslichen Wertpapieren von weltweiten Emittenten angelegt werden.
2. Die in Pension genommenen Wertpapiere sind auf die Anlagegrenzen des § 206 Absatz 1 bis 3 KAGB anzurechnen.
3. Die Gesellschaft darf bis zu 25 Prozent des Wertes des Sondervermögens in Geldmarktinstrumente nach § 6 der „Allgemeinen Anlagebedingungen“ investieren.
4. Die in Pension genommenen Geldmarktinstrumente sind auf die Anlagegrenzen des § 206 Absatz 1 bis 3 KAGB anzurechnen.
5. Wertpapiere und Geldmarktinstrumente desselben Emittenten dürfen über fünf Prozent hinaus bis zu 10 Prozent des Wertes des Sondervermögens erworben werden, wenn der Gesamtwert der Wertpapiere und Geldmarktinstrumente dieser Emittenten 40 Prozent des Wertes des Sondervermögens nicht übersteigt.
6. Bis zu 25 Prozent des Wertes des Sondervermögens dürfen in Bankguthaben nach Maßgabe des § 7 der „Allgemeinen Anlagebedingungen“ gehalten werden.
7. Bis zu 10 Prozent des Wertes des Sondervermögens dürfen in Investmentanteilen nach Maßgabe des § 8 der „Allgemeinen Anlagebedingungen“ gehalten werden. Die in Pension genommenen Investmentanteile sind auf die Anlagegrenzen der §§ 207 und 210 Absatz 3 KAGB anzurechnen.
8. Mehr als 50 Prozent des Aktivvermögens (die Höhe des Aktivvermögens bestimmt sich nach dem Wert der Vermögensgegenstände des Investmentfonds ohne Berücksichtigung von Verbindlichkeiten) des OGAW-Sondervermögens werden in solche Kapitalbeteiligungen i. S. d. § 2 Absatz 8 Investmentsteuergesetz angelegt, die nach diesen Anlagebedingungen für das OGAW-Sondervermögen erworben werden können. Dabei können die tatsächlichen Kapitalbeteiligungsquoten von Ziel-Investmentfonds berücksichtigt werden.

Anteilklassen

§ 3 Anteilklassen

1. Für das Sondervermögen können Anteilklassen im Sinne von § 16 Absatz 2 der „Allgemeinen Anlagebedingungen“ gebildet werden, die sich hinsichtlich der Ertragsverwendung, des Ausgabeaufschlags, der Währung des Anteilwertes einschließlich des Einsatzes von Währungssicherungsgeschäften, der Verwaltungsvergütung, der Mindestanlagesumme oder einer Kombination dieser Merkmale unterscheiden. Die Bildung von Anteilklassen ist jederzeit zulässig und liegt im Ermessen der Gesellschaft. Es ist nicht notwendig, dass Anteile einer Anteilklasse im Umlauf sind.
2. Bei erstmaliger Ausgabe von Anteilen einer Anteilklasse ist deren Wert auf der Grundlage des für das gesamte Sondervermögen nach § 168 Absatz 1 Satz 1 des KAGB ermittelten Wertes zu berechnen. Der Anteilwert wird für jede Anteilklasse gesondert errechnet, indem die Kosten der Auflegung neuer Anteilklassen, Ausschüttungen (einschließlich der aus dem Fondsvermögen ggf. abzuführenden Steuern), die Verwaltungsvergütung und die Ergebnisse aus Währungskurssicherungsgeschäften, die auf eine bestimmte Anteilklasse entfallen, ggf. einschließlich Ertragsausgleich, ausschließlich dieser Anteilklasse zugeordnet werden.

3. Die bestehenden Anteilklassen werden sowohl im Verkaufsprospekt als auch im Jahres- und Halbjahresbericht einzeln aufgezählt. Die die Anteilklassen kennzeichnenden Ausgestaltungsmerkmale werden im Verkaufsprospekt und im Jahres- und Halbjahresbericht im Einzelnen beschrieben.
4. Der Abschluss von Währungskurssicherungsgeschäften ausschließlich zugunsten einer einzigen Währungsanteilklasse ist zulässig. Für Währungsanteilklassen mit einer Währungsabsicherung zugunsten der Währung dieser Anteilklasse (Referenzwährung) darf die Gesellschaft auch unabhängig von § 9 der „Allgemeinen Anlagebedingungen“ Derivate im Sinne des § 197 Absatz 1 KAGB auf Wechselkurse oder Währungen mit dem Ziel einsetzen, Anteilwertverluste durch Wechselkursverluste von nicht auf die Referenzwährung der Anteilklasse lautenden Vermögensgegenständen des Sondervermögens zu vermeiden. Bei einem entsprechenden Einsatz von Derivaten darf sich dieser nicht auf andere Anteilklassen auswirken.

Anteile, Ausgabepreis, Rücknahmepreis, Rücknahme von Anteilen und Kosten

§ 4 Anteile

Die Anleger sind an den jeweiligen Vermögensgegenständen des Sondervermögens in Höhe ihrer Anteile als Miteigentümer nach Bruchteilen beteiligt.

§ 5 Ausgabe- und Rücknahmepreis; Anteilwertberechnung und Abwicklung

1. Die Ausgabe- und Rücknahmepreise werden für jeden Börsentag in Frankfurt am Main ermittelt (Wertermittlungstag). Die Feststellung der Ausgabe- und Rücknahmepreise für einen Wertermittlungstag erfolgt am auf diesen Wertermittlungstag folgenden Börsentag (Bewertungstag).
2. Der Ausgabeaufschlag beträgt 3,0 Prozent des Anteilwertes. Es steht der Gesellschaft frei, für das Sondervermögen oder für eine oder mehrere Anteilklassen einen niedrigeren oder keinen Ausgabeaufschlag zu berechnen. Die Gesellschaft gibt im Falle der Bildung von Anteilklassen im Verkaufsprospekt und im Jahres- und Halbjahresbericht den jeweils berechneten Ausgabeaufschlag an. Ein Rücknahmeabschlag wird nicht berechnet.
3. Anteilabrufe und Rücknahmeaufträge, die bis 16:00 Uhr an einem Wertermittlungstag eingegangen sind, werden zu dem für diesen Wertermittlungstag gemäß Absatz 1 ermittelten Ausgabe- oder Rücknahmepreis ausgeführt. Die entsprechende Abrechnung für die Anleger wird ebenfalls am Bewertungstag für diesen Wertermittlungstag vorgenommen. Der Ausgabepreis ist innerhalb von zwei Bankarbeitstagen (maßgeblich hierfür ist der Bankenplatz Frankfurt am Main) nach dem entsprechenden Bewertungstag in der Fondswährung zahlbar. Die Auszahlung des Rücknahmepreises erfolgt innerhalb von zwei Bankarbeitstagen (maßgeblich hierfür ist der Bankenplatz Frankfurt am Main) nach dem entsprechenden Bewertungstag in der Fondswährung.
4. Anteilabrufe und Rücknahmeaufträge, die nach 16:00 Uhr an einem Wertermittlungstag oder einem Tag, der kein Wertermittlungstag ist, eingegangen sind, werden am folgenden Wertermittlungstag berücksichtigt (Wertermittlungstag + 1) und werden mit dem für diesen Wertermittlungstag + 1 ermittelten Ausgabe- oder Rücknahmepreis ausgeführt. Die entsprechende Abrechnung für die Anleger erfolgt am entsprechenden Bewertungstag für diesen Wertermittlungstag + 1. Der Ausgabepreis ist innerhalb von zwei Bankarbeitstagen (maßgeblich hierfür ist der Bankenplatz Frankfurt am Main) nach dem entsprechenden Bewertungstag in der Fondswährung zahlbar. Die Auszahlung des Rücknahmepreises erfolgt innerhalb von zwei Bankarbeitstagen (maßgeblich hierfür ist der Bankenplatz Frankfurt am Main) nach dem entsprechenden Bewertungstag in der Fondswährung.

§ 6 Kosten

Vergütungen, die an die Gesellschaft zu zahlen sind

1. Die Gesellschaft erhält für die Verwaltung des Sondervermögens eine tägliche Vergütung in Höhe von 1/365 (in Schaltjahren: 1/366) von bis zu 1,0 Prozent des börsentäglich festgestellten Nettoinventarwertes. Es steht der Gesellschaft frei, für das Sondervermögen oder anteilig für eine oder mehrere Anteilklassen eine niedrigere Verwaltungsvergütung zu berechnen. Die Gesellschaft gibt im Falle der Bildung von Anteilklassen im Verkaufsprospekt und im Jahres- und Halbjahresbericht die jeweils erhobene Verwaltungsvergütung an.
2. Ferner erhält die Gesellschaft für die Anbahnung, Vorbereitung und Durchführung von Wertpapierdarlehensgeschäften und Wertpapierpensionsgeschäften für Rechnung des Sondervermögens eine marktübliche Vergütung in Höhe von bis zu einem Drittel der Bruttoerträge aus diesen Geschäften. Die im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung von solchen Geschäften entstandenen Kosten einschließlich der an Dritte zu zahlenden Vergütungen trägt die Gesellschaft.
3. Des Weiteren erhält die Gesellschaft aus dem Sondervermögen eine tägliche Pauschalgebühr in Höhe von 1/365 (in Schaltjahren: 1/366) von bis zu 0,3 Prozent des börsentäglich festgestellten Nettoinventarwertes. Die Pauschalgebühr deckt nachfolgende Vergütungen und Kosten ab, die dem Sondervermögen nicht separat belastet werden:
 - a) Vergütung der Verwahrstelle;
 - b) bankübliche Depot- und Lagerstellengebühren für die Verwahrung von Vermögensgegenständen;
 - c) Kosten für die Prüfung des Sondervermögens durch den Abschlussprüfer des Sondervermögens;
 - d) Kosten für die Bekanntmachung der Besteuerungsgrundlagen;
 - e) Kosten für die Beauftragung von Stimmrechtsvertretungen;
 - f) Vergütung für Datenversorgung und -pflege;
 - g) Vergütung für Berichts- und Meldewesen;
 - h) Vergütung für das Rechnungswesen des Sondervermögens;
 - i) Vergütung im Zusammenhang mit der Überwachung und Risikosteuerung des Sondervermögens (Risikocontrolling).

Die Pauschalgebühr kann dem Sondervermögen jederzeit entnommen werden.

Vergütungen, die zusätzlich an Dritte zu zahlen sind

4. Die Gesellschaft zahlt aus dem Sondervermögen für den Collateral Manager von Derivate-Geschäften eine tägliche Vergütung in Höhe von 1/365 (in Schaltjahren: 1/366) von bis zu 0,1 Prozent des börsentäglich festgestellten Nettoinventarwertes.
5. Der Betrag, der täglich aus dem Sondervermögen nach den vorstehenden Ziffern 1, 3 und 4 als Vergütung und Kosten sowie nach Ziffer 7e) als Aufwendungsersatz entnommen werden darf, kann insgesamt jährlich bis zu 1,55 Prozent des börsentäglich festgestellten Nettoinventarwertes betragen.

Erfolgsabhängige Vergütung

6. Erfolgsabhängige Vergütung

a) Definition der erfolgsabhängigen Vergütung

Die Gesellschaft kann für die Verwaltung des Sondervermögens zusätzlich zu den Vergütungen gemäß den Ziffern 1 und 2 je ausgegebenem Anteil eine erfolgsabhängige Vergütung in Höhe von bis zu 25 Prozent des Betrages erhalten, um den die Anteilwertentwicklung die Entwicklung des Vergleichsindex am Ende einer Abrechnungsperiode übersteigt (Outperformance über den Vergleichsindex, d.h. positive Abweichung der Anteilwertentwicklung von der Benchmarkentwicklung, nachfolgend auch „Positive Benchmark-Abweichung“ genannt), jedoch insgesamt höchstens bis zu 2,5 Prozent des durchschnittlichen Nettoinventarwertes des Sondervermögens in der Abrechnungsperiode, der täglich errechnet wird. Die dem Sondervermögen belasteten Kosten dürfen vor dem Vergleich nicht von der Entwicklung des Vergleichsindex abgezogen werden.

Unterschreitet die Anteilwertentwicklung am Ende einer Abrechnungsperiode die Entwicklung des Vergleichsindex (Underperformance zum Vergleichsindex, d. h. negative Abweichung der Anteilwertentwicklung von der Benchmarkentwicklung, nachfolgend auch „Negative Benchmark-Abweichung“ genannt), so erhält die Gesellschaft keine erfolgsabhängige Vergütung. Entsprechend der Berechnung der erfolgsabhängigen Vergütung bei Positiver Benchmark-Abweichung wird nun auf Basis der Negativen Benchmark-Abweichung ein Underperformancebetrag pro Anteilwert errechnet und in die nächste Abrechnungsperiode als negativer Vortrag vorgetragen („Negativer Vortrag“). Der Negative Vortrag wird nicht durch einen Höchstbetrag begrenzt. Für die nachfolgende Abrechnungsperiode erhält die Gesellschaft nur dann eine erfolgsabhängige Vergütung, wenn der aus Positiver Benchmark-Abweichung errechnete Betrag am Ende dieser Abrechnungsperiode den Negativen Vortrag aus der vorangegangenen Abrechnungsperiode übersteigt. In diesem Fall errechnet sich der Vergütungsanspruch aus der Differenz beider Beträge. Übersteigt der aus Positiver Benchmark-Abweichung errechnete Betrag den Negativen Vortrag aus der vorangegangenen Abrechnungsperiode nicht, werden beide Beträge verrechnet. Der verbleibende Underperformancebetrag pro Anteilwert wird wieder in die nächste Abrechnungsperiode als neuer Negativer Vortrag vorgetragen. Ergibt sich am Ende der nächsten Abrechnungsperiode erneut eine Negative Benchmark-Abweichung, so wird der vorhandene Negative Vortrag um den aus dieser Negativen Benchmark-Abweichung errechneten Underperformancebetrag erhöht. Bei der jährlichen Berechnung des Vergütungsanspruchs werden etwaige Underperformancebeträge der jeweils fünf vorangegangenen Abrechnungsperioden berücksichtigt. Existieren für das Sondervermögen weniger als fünf vorangegangene Abrechnungsperioden, so werden alle vorangegangenen Abrechnungsperioden berücksichtigt. Ergänzend zu Vorstehendem richtet sich die Berücksichtigung der Anteilwertentwicklung nach der unter Ziffer 6f) getroffenen Vereinbarung.

b) Definition der Abrechnungsperiode

Die Abrechnungsperiode beginnt am 1. Februar eines jeden Jahres und endet am 31. Januar des darauf folgenden Kalenderjahres.

c) Vergleichsindex

Als Vergleichsindex wird der MSCI EMU Index (developed markets, Gewichtung nach Marktkapitalisierung, total return net dividends reinvested, auf Euro-Basis) (40 Prozent), MSCI World ex EMU Index (developed markets, Gewichtung nach Marktkapitalisierung, total return net dividends reinvested, auf Euro-Basis) (30 Prozent) und der ML EMU Large Cap Investment Grade Index (Gewichtung nach Marktkapitalisierung, total return, auf Euro-Basis) (30 Prozent) festgelegt. Falls der Vergleichsindex entfallen sollte, wird die Gesellschaft einen angemessenen anderen Index festlegen, der an die Stelle des genannten Index tritt.

d) Berechnung der Anteilwertentwicklung

Die Anteilwertentwicklung wird nach der BVI-Methode berechnet. Bei der BVI-Methode handelt es sich um eine international anerkannte Standard-Methode zur Wertentwicklungsberechnung von Investmentvermögen. Diese ermöglicht eine einfache, nachvollziehbare und exakte Berechnung. Die Wertentwicklung stellt dabei die prozentuale Veränderung zwischen dem angelegten Vermögen zu Beginn des Anlagezeitraumes und seinem Wert am Ende des Anlagezeitraumes dar. Ausschüttungen werden rechnerisch dabei umgehend in neue Fondsanteile investiert, um eine Vergleichbarkeit der Wertentwicklungen ausschüttender und thesaurierender Fonds sicherzustellen.

e) Rückstellung

Entsprechend dem Ergebnis eines täglichen Vergleichs wird eine rechnerisch angefallene erfolgsabhängige Vergütung im Sondervermögen je ausgegebenem Anteil zurückgestellt oder eine bereits gebuchte Rückstellung entsprechend aufgelöst. Aufgelöste Rückstellungen fallen dem Sondervermögen zu. Eine erfolgsabhängige Vergütung kann nur entnommen werden, soweit entsprechende Rückstellungen gebildet wurden.

- f) Negative Anteilwertentwicklung
Die erfolgsabhängige Vergütung kann auch dann entnommen werden, wenn der Anteilwert am Ende der Abrechnungsperiode den Anteilwert zu Beginn der Abrechnungsperiode unterschreitet („Negative Anteilwertentwicklung“).

Weitere Aufwendungen

7. Neben den vorgenannten Vergütungen und Kosten gehen die folgenden Aufwendungen zulasten des Sondervermögens:
- Kosten für die Geltendmachung und Durchsetzung von Rechtsansprüchen durch die Gesellschaft für Rechnung des Sondervermögens sowie der Abwehr von gegen die Gesellschaft zu Lasten des Sondervermögens erhobenen Ansprüchen;
 - Gebühren und Kosten, die von staatlichen Stellen in Bezug auf das Sondervermögen erhoben werden;
 - Kosten für Rechts- und Steuerberatung im Hinblick auf das Sondervermögen;
 - Kosten sowie jegliche Entgelte, die im Zusammenhang mit dem Erwerb und/oder der Verwendung bzw. Nennung eines Vergleichsmaßstabes oder Finanzindizes anfallen;
 - Kosten für die Bereitstellung von Analysematerial oder -dienstleistungen durch Dritte in Bezug auf ein oder mehrere Finanzinstrumente oder sonstige Vermögenswerte oder in Bezug auf die Emittenten oder potenziellen Emittenten von Finanzinstrumenten oder in engem Zusammenhang mit einer bestimmten Branche oder einem bestimmten Markt bis zu einer Höhe von 0,15 Prozent p. a. des Wertes des Sondervermögens, berechnet als Summe der jeweils angefallenen Einzelbeträge, die für jeden Kalendertag als $1/365$ (in Schaltjahren $1/366$) des börsentäglich festgestellten Nettoinventarwertes ermittelt werden;
 - Steuern, die anfallen im Zusammenhang mit den an die Gesellschaft, die Verwahrstelle und Dritte zu zahlenden Vergütungen, sowie mit den vorstehend genannten Aufwendungen anfallende Steuern einschließlich der im Zusammenhang mit der Verwaltung und Verwahrung entstehende Steuern.

Transaktionskosten

8. Neben den vorgenannten Vergütungen und Aufwendungen werden dem Sondervermögen die in Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräußerung von Vermögensgegenständen entstehenden Kosten belastet.

Regeln im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Rücknahme von Investmentanteilen

9. Die Gesellschaft hat im Jahresbericht und im Halbjahresbericht den Betrag der Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge offen zu legen, die dem Sondervermögen im Berichtszeitraum für den Erwerb und die Rücknahme von Anteilen im Sinne des § 196 KAGB sowie von vergleichbaren ausländischen Anteilen berechnet worden sind. Beim Erwerb von Anteilen, die direkt oder indirekt von der Gesellschaft selbst oder einer anderen Gesellschaft verwaltet werden, mit der die Gesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, darf die Gesellschaft oder die andere Gesellschaft für den Erwerb und die Rücknahme keine Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge berechnen. Die Gesellschaft hat im Jahresbericht und im Halbjahresbericht die Vergütung offen zu legen, die dem Sondervermögen von der Gesellschaft selbst, von einer anderen Kapitalverwaltungsgesellschaft, einer Investmentaktiengesellschaft oder einer anderen Gesellschaft, mit der die Gesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist oder einer ausländischen Investmentgesellschaft, einschließlich ihrer Verwaltungsgesellschaft als Verwaltungsvergütung für die im Sondervermögen gehaltenen Anteile berechnet wurde. Die Gesellschaft berechnet dem Sondervermögen jedoch keine Verwaltungsvergütung für erworbene Anteile, wenn das betreffende bzw. erworbene Sondervermögen von ihr oder einer anderen Gesellschaft verwaltet wird, mit der die Gesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist (Konzernzugehörigkeit). Dies wird dadurch erreicht, indem die Gesellschaft ihre Verwaltungsvergütung für den auf Anteile an konzernzugehörigen Zielfonds entfallenden Teil – gegebenenfalls bis zu ihrer gesamten Höhe – um die von den erworbenen konzernzugehörigen Zielfonds berechnete Verwaltungsvergütung kürzt.

Ertragsverwendung und Geschäftsjahr

§ 7 Ausschüttung / Thesaurierung

- Für das Sondervermögen sowie bei Bildung von thesaurierenden Anteilklassen legt die Gesellschaft die während des Geschäftsjahres für Rechnung des Sondervermögens angefallenen und nicht zur Kostendeckung verwendeten Zinsen, Dividenden und sonstigen Erträge – unter Berücksichtigung des zugehörigen Ertragsausgleichs – sowie die realisierten Veräußerungsgewinne im Sondervermögen anteilig wieder an.
- Im Falle der Bildung ausschüttender Anteilklassen schüttet die Gesellschaft grundsätzlich die während des Geschäftsjahres für Rechnung des Sondervermögens angefallenen und nicht zur Kostendeckung verwendeten anteiligen Zinsen, Dividenden und sonstige Erträge – unter Berücksichtigung des zugehörigen Ertragsausgleichs – aus. Realisierte Veräußerungsgewinne – unter Berücksichtigung des zugehörigen Ertragsausgleichs – können anteilig ebenfalls zur Ausschüttung herangezogen werden.
- Ausschüttbare anteilige Erträge gemäß Absatz 2 können zur Ausschüttung in späteren Geschäftsjahren insoweit vorgetragen werden, als die Summe der vorgetragenen Erträge 15 Prozent des jeweiligen Wertes des Sondervermögens zum Ende des Geschäftsjahres nicht übersteigt. Erträge aus Rumpfgeschäftsjahren können vollständig vorgetragen werden.
- Im Interesse der Substanzerhaltung können anteilige Erträge teilweise, in Sonderfällen auch vollständig zur Wiederanlage im Sondervermögen bestimmt werden.
- Die Ausschüttung erfolgt jährlich innerhalb von vier Monaten nach Schluss des Geschäftsjahres.
- Zwischenausschüttungen sind zulässig.

§ 8 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr des Sondervermögens läuft vom 1. Oktober bis 30. September des folgenden Jahres.

Bedingungen für bestehende Altersvorsorge-Sparpläne

Der Erwerber von Anteilen an dem bisherigen Altersvorsorge-Sondervermögen (Anteilschein-Sparer) hat die Möglichkeit, zum Zwecke des gezielten Aufbaus eines angemessenen Kapitalstocks für die Altersvorsorge einen Vertrag abzuschließen, durch welchen er sich verpflichtet, während der Vertragslaufzeit in regelmäßigem Abstand Geld zum Erwerb von Anteilscheinen am Altersvorsorge-Sondervermögen einzulegen (Altersvorsorge-Sparplan). Für diesen Sparplan sind die „Sonderbedingungen für einen Altersvorsorge-Sparplan nach § 90 Absatz 1 Investmentgesetz“ maßgebend, die im Antrag auf Depotöffnung mit Altersvorsorge-Sparplan abgedruckt sind und die nur aus wichtigem Grund geändert werden können. Dieser Vertrag hat eine Laufzeit von mindestens 18 Jahren oder bis mindestens zum 60. Lebensjahr des Anteilschein-Sparers. Als Einzahlungsintervalle kommen monatliche, zweimonatliche, vierteljährliche, halbjährliche und jährliche Zahlungen in Betracht.

Der Altersvorsorge-Sparplan kommt durch Unterzeichnung des Depotöffnungsantrages und Einrichtung eines entsprechenden Depots bei der Union Investment Service Bank AG mit Union Investment zustande, soweit der Anleger im Depotöffnungsantrag den Abschluss eines Altersvorsorge-Sparplans beantragt. Die Union Investment Service Bank AG erhebt ein Entgelt (Depotgebühr) für das Führen eines Depots; die gültigen Konditionen für das Führen eines Depots können dem jeweils aktuellen Allgemeinen Preisverzeichnis der Bank entnommen werden.

Der Altersvorsorge-Sparplan berechtigt den Anteilschein-Sparer, während des letzten Viertels der Vertragslaufzeit seine Anteilscheine am Altersvorsorge-Sondervermögen einmalig in Anteile an einem oder mehreren anderen Sondervermögen von Union Investment nach seiner Wahl umzutauschen, ohne dass hierfür ein Ausgabeaufschlag oder sonstige Kosten anfallen. Bei ausgeprägt aktienorientierten Altersvorsorge-Sondervermögen empfiehlt sich eine solche Umschichtung des Vorsorgevermögens in Fondsanteile mit geringeren Kursschwankungen, um insbesondere das Risiko von Wertverlusten aufgrund kapitalmarktbedingter Kurseinbrüche gegen Ende der Vertragslaufzeit zu minimieren. Union Investment wird dem Anteilschein-Sparer bei der Auswahl geeigneter Sondervermögen auf Wunsch gerne behilflich sein.

Der Anteilschein-Sparer hat das Recht, den Altersvorsorge-Sparplan jederzeit mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten zum Quartalsende zu kündigen. Wird der Anteilschein-Sparer nach Abschluss des Altersvorsorge-Sparplanes arbeitslos oder völlig erwerbsunfähig, so verkürzt sich die Kündigungsfrist auf vier Wochen zum Monatsende. Darüber hinaus hat der Anteilschein-Sparer jederzeit die Möglichkeit, über seine Anteile am Altersvorsorge-Sondervermögen zu verfügen, insbesondere sie zum Rücknahmepreis an Union Investment zurückzugeben (siehe auch Kapitel „Rücknahme von Anteilen“). Dies enthebt ihn jedoch nicht der Verpflichtung, während der Vertragslaufzeit seines Altersvorsorge-Sparplanes die vereinbarten Sparleistungen zu erbringen.

Union Investment kann den Altersvorsorge-Sparplan nur aus wichtigem Grunde kündigen. Wird der Anteilschein-Sparer nach Vertragsschluss arbeitslos oder völlig erwerbsunfähig, so dass er seine geschuldeten Sparbeiträge nicht oder nicht in voller Höhe erbringen kann, so stellt dies keinen wichtigen Grund dar, der eine Kündigung des Altersvorsorge-Sparplans durch Union Investment rechtfertigen würde.

Auszahlungsplan

Nach Beendigung des Altersvorsorge-Sparplans hat der Anteilssparer die Möglichkeit, sich das gesamte Vorsorgekapital in einer Summe auszahlen zu lassen. Union Investment bietet ihm jedoch den Abschluss eines Auszahlungsplans (mit oder ohne Kapitalverzehr) an, in dem sie sich verpflichtet, feste Teilbeiträge an den Anteilschein-Sparer gegen Rückgabe von Anteilscheinen im jeweiligen Gegenwert des auszahlenden Geldbetrages auszuzahlen.

Die regelmäßigen Auszahlungen erfolgen solange, bis der angesparte Kapitalstock aufgezehrt ist. Zu beachten bleibt jedoch, dass die Anteile des Anteilssparers auch während der Auszahlungsphase Wertschwankungen unterliegen können. Auch wenn die jeweilige Entnahmerate vom Anteilssparer der tatsächlichen Wertentwicklung des Sondervermögens von Zeit zu Zeit angepasst wird, kann ein angestrebter Kapitalerhalt oder eine angestrebte Laufzeit der Auszahlungen nicht realisierbar sein.